

Senat will Grundwasserschutz einstellen: Anwohner protestieren gegen Abschaltung der Brunnenanlage im Neuköllner Blumenviertel

Auch wenn viele von uns gerne am Strand verweilen und das Meereraschen und die Wellen genießen, leben wir doch gerne in trockenen Häusern und Wohnungen. Überschwemmungen wie an Elbe, Donau oder Rhein sind bei uns eine absolute Ausnahme. Doch leider drohen im Rudower Blumenviertel regelmäßige Überflutungen von Kellern. Warum? Weil das Grundwasser auf Grund natürlicher Ursachen steigt, halten niedrig liegende Gebäudeteile dem Wasserdruck nicht stand. Das Wasser findet seinen Weg durch kleinste Risse in den Kellerwänden oder in der Bodenplatte und führt zu Feuchtigkeitsschäden im Haus. Das Problem mit dem Grundwasser existiert seit Anfang der 1990er Jahre. Gebäude, die vorher errichtet worden sind, besitzen daher keine schützenden Abdichtungsanordnungen. Während bei einem Neubau die Kosten überschaubar sind, ist eine Nachrüstung extrem teuer und für die allermeisten Hausbesitzer nicht finanzierbar.



Aus diesem Grund existiert seit 1998 die Brunnenanlage am Glockenblumenweg, die den Grundwasserpegel stabilisiert. Die Kosten in Höhe von rund 251.000 EUR jährlich trägt bisher das Land Berlin – dieses Geld soll nun eingespart werden. Zum Ende dieses Jahres soll sie gegen den Willen der Bevölkerung abgeschaltet werden. Daher braut sich im sonst so beschaulichen Rudow Bürgerprotest zusammen. Auffällige Plakate mahnen mit den Worten „Wer hier abschaltet, gefährdet Wohnraum“, in zahlreichen Geschäften und Niederlassungen lokaler Mittelständler liegen Unterschriftenlisten aus.

Bei einer Auftaktveranstaltung am 16. Mai 2017 in der Rudower Gaststätte „Double Out“ forderten rund 80 Anwohner eine Lösung des jahrelangen Streits. Vordredner waren u. a. Klaus Langer, engagierter Anwohner und Olaf Schenk, Vorsitzender der Neuköllner Mittelstandsvereinigung (MIT Neukölln). „Die Standsicherheit der Häuser ist vielerorts bedroht, schon jetzt stehen viele Fundamente unter Wasser. Wenn der Senat tatsächlich den ‚Aus-Schalter‘ betätigt, sind bis zu 4.000 Haushalte betroffen“, sagt Schenk, der auch vor Ort lebt. „Hier muss dringend etwas passieren!“

Nun hat sich auch die Neuköllner Bundestagsabgeordnete Christina Schwarzer (40) eingeschaltet und unterstützt die Bewohner des Blumenviertels im Kampf um den Grundwasserschutz. „Ich kann es nicht nachvollziehen, warum der Senat sich da so querstellt und offenkundig tausende Anwohner im Stich lässt. Ich werde alles daran setzen, dass wir gemeinsam die Kohlen aus dem Feuer holen. Die Brunnengalerie muss in Betrieb bleiben.“

Die Unterschriftenaktion für den Erhalt der Brunnenanlage läuft vorerst bis Ende Juni. Im Anschluss sollen die die Unterschriften-Listen dem Regierenden Bürgermeister Müller (SPD) als Zeichen des Protests überreicht werden. Auslagestellten der Unterschriftenlisten sowie weitere Informationen gibt es unter www.christina-schwarzer.de/grundwasser oder telefonisch unter 0172/3048503.



**WER HIER ABSCHALTET,
ZERSTÖRT WOHNRAUM!**

Selbstbeweihräucherung von Müller/Saleh klingt wie blanker Hohn

Das Müller-Saleh-Pamphlet ist eine Mischung aus Selbstbeweihräucherung, Verantwortungsamnesie und Dialektik. Es kann einen nur staunen lassen, mit welcher Dreistigkeit hier die Berliner SPD versucht, ihre eigene jahrzehntelange Verantwortung an Missständen zum Beispiel der Bildungs- oder Stadtentwicklungspolitik abzustreifen.



Florian Graf, Vorsitzender der CDU-Fraktion

„Das Müller-Saleh-Pamphlet ist eine Mischung aus Selbstbeweihräucherung, Verantwortungsamnesie und Dialektik. Es kann einen nur staunen lassen, mit welcher Dreistigkeit hier die Berliner SPD versucht, ihre eigene jahrzehntelange Verantwortung an Missständen zum Beispiel der Bildungs- oder Stadtentwicklungspolitik abzustreifen.“

Den Versuch der Genossen, ihre für jeden sichtbar ideologisch überfrachtete Klientelpolitik den Bürgerinnen und Bürgern als «unideologisch» zu verkaufen, scheidet bereits im Ansatz. Mit dem Unterzeichnen des Koalitionsvertrags sei «etwas Bedeutendes» in und für die Hauptstadt, nein, gleich für ganz Deutschland geschehen. Was für eine Anmaßung einer Partei, die seit 1989 ununterbrochen im Senat ist und jetzt Berliner Politik mit ihrer rot-rot-grünen Bevormundungs- und Erziehungsideologie völlig neu erfinden will.

Die ersten Monate von Rot- Rot-Grün haben deutlich gemacht: das Linksbündnis ist weder gut für Berlin noch ein Modell für den Bund. Wenn die SPD jetzt in ihrer Selbstbeweihräucherung, dem sog. Müller-Saleh-Papier, erklärt, eine Verengung ihrer Senatspolitik auf Klientele darf es nicht geben, klingt das für die übergroße Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner, die sich nicht zur SPD-Klientel zählen dürfen, wie blanker Hohn. Eine «unideologische Verkehrspolitik», die in Wahrheit die ideologischen Phantastereien aller rot-rot-grünen Verkehrserzieher wahr werden ließe, falls sie denn umgesetzt würde, wird flankiert von einer sozialistischen Wohnungsplanwirtschaft, die die Wohnraumsituation weiter verschärft wird. Die von 80 Prozent in Berlin befürwortete Videoüberwachung des öffentlichen Raumes wird aus ideologischen Gründen von den selbst erklärten Nicht-Ideologen um Müller und Saleh abgelehnt. Der einzige Kitt, der hier wirklich sichtbar wird, ist der Mehltau einer linken Bevormundungsideologie - statt vernünftiger Politik für Berlin.“

Weißer Ring in Neukölln: Menschlicher Beistand, persönliche Beratung und finanzielle Unterstützung

Wer Opfer von Kriminalität wird, benötigt schnell und unkompliziert Hilfe. Wichtige Arbeit leistet bei uns in Neukölln der Weißer Ring e. V. Ein Opferhilfeverein, in dem ehrenamtliche Mitarbeiter Menschen unter die Arme greifen, denen Schlimmes widerfahren ist.

Die Neuköllner CDU-Bundestagsabgeordnete Christina Schwarzer erfuhr im Gespräch mit den Verantwortlichen Norbert Rohde und Detlef Fritz Details alles über die Arbeit des Vereins im Bezirk. Über 300 Neuköllner erhielten im letzten Jahr nach Diebstahldelikten, Raub, Stalking, Einbruch, Vergewaltigung und auch Tötungsdelikten Hilfe vom Weißen Ring. Neben finanzieller Unterstützung, standen hier auch Erstberatungen durch Rechtsanwältinnen und Psychologen im Vordergrund. Insgesamt 22 Ehrenamtliche arbeiten für den Weißen Ring und betreuen unter anderem auch Menschen, die Hilfe nach dem Terror-Attentat auf den Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz benötigten. „Die Arbeit des Weißen Rings ist unglaublich wichtig für alle Menschen bei uns in Neukölln. Das ehrenamtliche Engagement verdient unsere Wertschätzung“, sagte Schwarzer beim Treffen im Deutschen Bundestag. „Zudem bin ich beeindruckt, wie unbürokratisch die Soforthilfe vom Weissen Ring erfolgt. Danke, dass es Sie gibt!“ Wer Opfer einer Straftat geworden ist, kann sich kostenlos und unverbindlich beim Weißen Ring melden:

Opfertelefon Neukölln: 0151-55164652, bundesweit: 116006
E-Mail: weisserring-berlin-sued@gmx.de